

# Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Dezember 2018

## BÜCHERBASAR IN FRANKELBACH: GROÙE RESONANZ

Immer im Herbst findet in Frankelbach der Bücherbasar im Saal des Dorfgemeinschaftshauses statt. Seit 2010 gibt es ihn. Ins Leben gerufen hat ihn Sabine Spohn, die Frau des Ortsbürgermeisters von Frankelbach. Sie ist seit langem die Leiterin der Ortsbücherei und hatte 2010 die Idee, den Menschen durch diesen Basar einen günstigen Zugang zu Büchern zu verschaffen. Zunächst griff man verstärkt auf die in der Ortsbücherei befindlichen Werke zurück. Nachdem aber die Nachfrage von Mal zu Mal stieg, nahm man auch Buchspenden an, um den Bedarf zu befriedigen. In diesem Jahr standen weit über 1000 Bücher zur Auswahl, vom Roman, über das Sachbuch bis zum Bildband. Dabei kam Sabine Spohn, die auch in diesem Jahr die Organisation und die Verantwortung für diesen Basar hatte, zugute, dass eine große Zahl Bücher aus einer Haushaltsauflösung der Ortsbücherei in Frankelbach geschenkt wurde. Aber auch andere Spender fanden sich in erfreulich großer Zahl.

Viele Besucher schmökerten interessiert in den Büchern und bei der großen Spannbreite des



Angebots war für jeden etwas dabei. So wurden viele Bücher mitgenommen, was auch deshalb besonders anziehend war, weil sie bei Preisen von 0,50€ oder 1€ spottbillig waren. Wer wollte, konnte auch neben der Büchersuche und dem Bücherkauf sich zu Kaffee und Kuchen an einen der zahlreichen Tische setzen und je nach Geschmack gleich in den neu erworbenen Büchern lesen oder mit dem Tischnachbarn ein Schwätzchen halten.

## OLSBRÜCKEN:NEUE FRIEDHOFSSATZUNG

Lange hat es gedauert! Aber nun ist die neue Friedhofsregelung für Olsbrücken da. Man hat sich monatelang, auch mit anderen Behörden, abgestimmt, um eine neue Regelung zu finden, die den aktuellen und zukünftigen Belangen einer neuen Friedhofsordnung gerecht wird. Dabei hat man auch die Friedhofsgebühren neu festgesetzt.

Eine Neuregelung war notwendig geworden, weil es bisher bestimmte Angebote nicht oder nur unvollständig gab. Art und Umfang der Angebote mussten von neuem definiert werden. Außerdem mussten die Gebühren der aktuellen

Kostendeckungssituation angepasst werden. So hat man nunmehr eine Regelung mit entsprechenden Gebühren für die Pflege von Urnengemeinschaftsgräbern und Urnenwiesengräbern geschaffen. Fernerhin gibt es ab jetzt Bestimmungen für die Einfassungen von Urnenreihen-gräbern und Urnenwahlgräbern, die ebenfalls bisher nicht vorhanden waren. Die Entgelte hierfür sind in der neuen Friedhofsgebührensatzung geregelt. Mit dem neuen Satzungswerk ist man für die Zukunft kostendeckend handlungsfähig.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zum Jahreswechsel blickt man traditionell auf das verflossene Geschehen zurück und überlegt, was das kommende Jahr bringen könnte. Es ist auch die Zeit der „guten“ Vorsätze. Man denkt daran, was man ändern will und was sich ändern muss. Und das ist gut so: **Wenn wir nur im alten Trott weitermachen und nichts Neues in Angriff nehmen, dann rosten wir ein und erstarren letztlich.**

**Und genau in dieser Situation sind wir in Deutschland!** Man hat sich an das Gute gewöhnt, will das behalten und nichts daran verändern. Denn es läuft ja im Großen und Ganzen gut, warum soll man etwas ändern? **Und genau diese Haltung ist falsch und sehr gefährlich! Denn: Jede Gesellschaft, die auf dem Althergebrachten stehenbleibt, erstarrt, wird innovationsfeindlich und fällt letztlich im weltweiten Wettbewerb zurück.**

Nehmen Sie nur das Beispiel „Digitalisierung“: Wir haben uns jahrelang mit dem bestehenden Zustand zufrieden gegeben und nichts Nennenswertes vorangetrieben. Und das Ergebnis? Wir sind heute im europa- und weltweiten Ranking hintendran, sowohl beim Netzzugang in der Flä-

che als auch bei der Internetgeschwindigkeit. Wir können im Moment selbst mit Ländern, die ansonsten wirtschaftlich weit hinter uns liegen (z.B. Rumänien), nicht mithalten. Die Verweigerung, sich Neuem zuzuwenden, „in die Zukunft zu investieren“, führt zu Rückschritt, bis zum Verlust des Anschlusses an die anderen Wettbewerber.

Also: Nur die Bereitschaft, Neues zu denken, Neues zu entwickeln und es dann auch umzusetzen, sichert unsere und auch Ihre Zukunft. Nur der Wille, möglicherweise behutsam, die alten Gleise zu verlassen, schützt uns vor erheblichen Schäden.

Also: **Wenn Sie sich für das neue Jahr etwas vornehmen, dann bitte bereit sein für etwas Neues!**

Aber denken Sie auch immer daran: „Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.“ Halten Sie es deshalb mit Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“.

**In diesem Sinne wünscht Ihnen der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach frohe Weihnachtstage und ein gutes Neues Jahr!**

## **B 270 IN HIRSCHHORN: SPERRUNG OHNE ENDE?**

**Erinnern Sie sich noch: Seitens des Landesbetriebs Mobilität (LBM) hieß es vor dem Beginn der Sperrung der B 270 in Hirschhorn, man werde bis spätestens Ende 2019 fertig sein. Wenn man den Arbeitsfortschritt in Hirschhorn, der zeitweise nur im Schneckentempo ging, manchmal überhaupt nicht stattfand, sah, ahnte man schon: Dieser Zeitplan wird nicht eingehalten. Nun ist die Katze aus dem Sack! Auch der LBM räumt ein, eine Fertigstellung der Bauarbeiten bis Ende 2019 wird es nicht geben. Vielmehr ist jetzt von Sommer 2020, nach dem Bauunternehmen von Ende 2020 die Rede.**

Das gesamte Geschehen ist ein Beispiel von Intransparenz und „Salamitaktik“. Von den ausführenden Beteiligten wurde bis Anfang diesen Herbstes noch steif und fest der Fertigstellungstermin Ende 2019 behauptet. Erst als Gerüchte über die erhebliche Verzögerung überhandnahmen, erst als die spätere Fertigstellung nicht mehr zu leugnen war, bequemte man sich, die neuen Termine zu nennen. Aber erst nachdem aus der Bevölkerung Druck gemacht wurde und man vehement auf eine klarstellende Äußerung bestand. Das ist ein klassisches Beispiel für Intransparenz, nicht nach dem neuesten Erkennt-

nisstand die Menschen zu informieren, sondern erst scheinbar (Salamitaktik) das Unumstößliche zu bekennen. Und auch bei der B 270 in Hirschhorn wie bei der Straße in Mehlbach: Schuld sind immer die anderen oder böse Umstände (schlechter Boden, falsches Gutachten, langsame Baufirma usw.).

**Nun ist es richtig, dass man die verlorene Zeit nicht mehr zurückholen kann – zumindest nicht mehr gänzlich. Insoweit reden wir von „vergossener Milch“.**

Aber damit wir nicht mit dem Fertigstellungstermin, Sommer 2020, dasselbe erleben, müssen

die Bürgerinnen und Bürger weiter Druck machen, z.B. durch Absenden der ausliegenden Forderungskarten an den LBM in Kaiserslautern. Auch müssen wir bei der Bauentwicklung die Augen offenhalten und sofort protestieren, „wenn die Schnecke wieder durch Hirschhorn kriecht“.

**Eine Chance gibt es: Im Sommer 2020 soll und muss der Bahnsteig in Hirschhorn aus-**

**gebaut und der Zugverkehr während dieser Zeit eingestellt werden. Man wird seitens des LBM und der Baufirma alles dafür tun müssen, dass die B 270 zu dieser Zeit wieder befahrbar wird. Denn sonst muss der gesamte öffentliche Personenverkehr (Busverkehr) über die Umleitungsstrecke fahren.**

## UN-MIGRATIONSPAKT

**Mit dem UN-Migrationspakt will die Weltgemeinschaft eines der drängendsten politischen Themen dieser Zeit angehen und einen Baustein zur Lösung des Megathemas Migration liefern. Gegen die unregelmäßigen Wanderungsbewegungen der letzten Jahre soll ein Regelwerk gestellt werden, das Flucht und Migration besser organisiert, ohne rechtlich verbindlich zu sein. Kein Land kann die Herausforderungen und Chancen dieses weltweiten Phänomens allein angehen, heißt es in dem Papier.**

190 Staaten haben sich diesem globalen Werk der Vereinten Nationen angeschlossen, darunter Deutschland. Bezeichnenderweise haben folgende Staaten die Teilnahme abgelehnt: Israel, Tschechien, Ungarn, Polen und die USA. Es handelt sich bei diesen Staaten, die mittlerweile tiefgreifend nationalistisch sind, um Länder, die kurzfristig ihren Vorteil in Abschottung sehen und sich von weltweiten Aktionen fernhalten. Dass dazu heute auch die USA gehört, ist nicht anders zu erwarten, ist doch die freiheitliche und weltzugewandte Seite dieses Staates zwischenzeitlich gänzlich verschwunden.

Wenn 190 Staaten einen solchen Pakt abschließen, spricht zunächst einmal der Anschein dafür, dass es sich um ein völkerverbindendes und allgemein anerkanntes Werk handelt, von dem sich die ganz überwiegende Weltmehrheit mehr Sicherheit, Funktionalität und Gerechtigkeit erhofft. Und in der Tat: Wenn man sich den Pakt und seine 23 Ziele anschaut, dann kann man seriöserweise dieses nur unterstreichen. Es ist hier nicht der Raum, diese 23 Ziele alle zu benennen, im Einzelnen zu beschreiben und kritisch zu beleuchten. Im Internet gibt es unter „heute.de“ eine sehr informative Zusammenfassung. Einige Punkte seien aber auch hier erwähnt:

- Gemeinsamer Datenaustausch und gemeinsame Datenerhebung
- Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern
- Sicherstellen, dass Migrantinnen Papiere ha-

- ben
- Faire Rekrutierung von Arbeitskräften, keine Ausbeutung
- Rettung des Lebens der Migranten
- Bekämpfung des Menschenhandels
- Einheitliches Grenzmanagement
- Verbesserung des konsularischen Schutzes der Migranten
- Gewährung des Zugangs zu lebenssichernden Grundleistungen für Migranten
- Sicherung der Inklusion und des sozialen Zusammenhalts
- Diskriminierungsverbot
- Investition in Aus- und Weiterbildung
- Zusammenarbeit bei menschenwürdiger Rückführung der Migranten.

Ernsthaft wird man diese Ziele nicht in Frage stellen können. Da es nur Grundsätze sind, ist ihre Einzelausgestaltung natürlich noch zu leisten, wobei bekanntlich der Teufel im Detail steckt.

Es wird ausdrücklich betont, dass dieser Pakt **rechtlich unverbindlich** ist, also die Entscheidungs- und Handlungssouveränität des einzelnen Staates nicht berührt ist. Allerdings muss man auch eines bedenken: Auch wenn keine rechtliche Verbindlichkeit besteht, so ist doch eine politische Bindung durch diesen Pakt gegeben. Aber: Bei dem vorliegenden Inhalt dieses Paktes ist das durchaus erträglich, sogar förderlich!

## DAS EINWANDERUNGSGESETZ

Jahrzehntlang hat Deutschland sich der Erkenntnis verschlossen, dass aus dem Ausland eine Vielzahl von Menschen kommt, um hier zu bleiben. Man hat so getan, insbesondere in den Reihen von CDU/CSU, als ob es diese Bewegung nicht gebe und in Deutschland nur Deutsche seien. Dies, obwohl seit den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts durch die „Gastarbeiter“ aus Italien, Spanien, Griechenland und später auch aus der Türkei genau das Gegenteil deutlich wurde, wobei viele von ihnen dauerhaft in Deutschland blieben. Die SPD hat schon seit langem gefordert, umzudenken, sich der Realität zu stellen und eine geregelte Einwanderung in Deutschland zu sichern. Dem schließt sich nunmehr auch die Union an.

Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit ein Gesetz, das gerade eine nach allgemeinen Regeln gültige Einwanderung aus Drittstaaten ermöglichen soll. Dabei sind ausdrücklich nicht Bürgerinnen und Bürger aus EU-Staaten gemeint. Denn diese haben schon seit langem aufgrund der Freizügigkeitsregeln der EU das Recht, in jedem EU-Land Wohnung zu nehmen. Vielmehr geht es um Menschen, die aus anderen Teilen der Welt kommen.

Die Erkenntnis, dass wir diese Menschen dringend brauchen, fußt nicht vordringlich auf der Einsicht, dass solche Menschen, zumeist jüngere, unserer alternden Gesellschaft gut tun. Vielmehr ist die Triebfeder der sich aufgrund der demographischen Entwicklung ständig verstärkende **Fachkräftemangel in der Wirtschaft**. Die Arbeitgeber und auch die Wirtschaftsforschungsinstitute konstatieren: **Schaffen wir nicht bald deutliche Abhilfe beim Fehlen von Fachkräften (Arbeitskräften allgemein), dann nimmt unsere Wirtschaft Schaden und die zurzeit in Deutschland immer noch sprudelnde Wertschöpfung ist gefährdet.**

Vor diesem Hintergrund befasst sich das neue Einwanderungsgesetz zunächst mit dem Zugang von Facharbeitern. Es will bürokratische Hürden abbauen, die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer abschaffen (denn diese gibt es nicht mehr im genügenden Umfang) und die Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Leistungsqualifikationen deutlich erleichtern. So besteht in der Tat eine Chance, den Fachkräftemangel in Deutschland abzumildern.

Ein Mangel wohnt diesem Gesetzesvorhaben aber inne: Es berücksichtigt bei weitem nicht genügend, den Personalmangel in niederqualifizierten Berufen, wie z.B. in der Gastronomie, der Landwirtschaft, der Daseinsvorsorge und der Versorgung in dieses Gesetz aufzu-

nehmen. Denn für solche Berufe wird man schwerlich Fachkräfte aus dem Ausland bekommen. Eine Lösung wäre hier der sogenannte „Spurwechsel“ (dieser Begriff wurde vom Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein Günther geschaffen). Mit diesem Ausdruck verbindet sich die Möglichkeit, Flüchtlinge aus dem Asylverfahren, die grundsätzlich bleiben könnten, also z.B. nicht kriminell geworden sind, in die Ausbildung für solche Berufe oder direkt in diese aufzunehmen. Auch hier müssen die Scheuklappen fallen, wenn Deutschland nicht in diesen Wirtschaftszweigen Schaden nehmen will.

Die SPD ist zu diesem „Spurwechsel“ grundsätzlich bereit, CDU/CSU (noch) nicht. Auch hier hat die SPD die Aufgabe, nicht nur die Gesellschaft sondern auch ihren Koalitionspartner im Bund von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

**Also: Die SPD kann stolz sein, das neue Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht zu haben. Um den „Spurwechsel“ wird sie noch kämpfen müssen!**

**Der SPD Ortsverein Olsbrücken -  
Frankelbach wünscht Ihnen ein frohes  
Weihnachtsfest und ein gutes neues  
Jahr 2019!**

### **IMPRESSUM:**

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.**

**Auflage dieser Ausgabe: 650**

**Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**